

Die Wehrpflicht gehört abgeschafft!

Die Bündnisgrünen wollen sich in den nächsten Jahren für eine weitere Reduzierung, Professionalisierung und Modernisierung der Bundeswehr einsetzen. Sie dient dem Ziel, die Bundeswehr von überflüssigen Aufgaben und Strukturen zu befreien und sie dazu zu befähigen, einen eng begrenzten aber effektiven militärischen Beitrag zur internationalen Gewalteinämmung und Friedenssicherung im Dienste der Vereinten Nationen und im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik leisten zu können. Eine Ausrichtung der Bundeswehr auf Interventionen für Machtinteressen lehnen wir ab.

Ziel bleibt die Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen. Kriege müssen verhindert, die Gewaltursachen beseitigt, die Friedensursachen gefördert werden. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass es nach wie vor viele staatliche und nichtstaatliche Akteure gibt, die elementare Menschenrechte grob missachten und vor der Anwendung von brutalster Gewalt nicht zurückschrecken. Zur Eindämmung dieser Gewaltausbrüche und zur (Wieder-)herstellung von rechtstaatlichen und demokratischen Gesellschaftsstrukturen sind in erster Linie politische und ökonomische Maßnahmen erforderlich. Deutschland kann und soll sich nicht als Weltpolizist überall militärisch einmischen. Das „Nein“ sollte die Regel, ein „Ja“ die Ausnahme sein. Deshalb muss jede Bundeswehrreform eingebettet sein in einen verstärkten Ausbau der zivilen und nicht-militärischen Fähigkeiten zur Krisenprävention und Krisenreaktion, sowohl auf nationaler und internationaler Ebene. Zur Verhinderung von globaler Gewalt bzw. teurer und riskanter Bundeswehreinsätze müssen mehr Geld,

Personal und sonstige Ressourcen in die zivilen Bereiche der Außen-Sicherheits- und Entwicklungspolitik investiert werden. Dies ist auch im Interesse der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, sowie von deren Angehörigen. Wer – wie die CDU/CSU – darauf baut, in Zeiten knapper Kassen zusätzliche Milliarden in falsche Militärstrukturen statt in friedenspolitisch zentrale zivile Strukturen zu investieren, verkennt die derzeitigen außen- und sicherheitspolitischen Kernaufgaben.

Die große Mehrheit der Grünen steht vor dem Hintergrund der vielfältigen nationalen und internationalen Erfahrungen der Vergangenheit allem Militärischen traditionell kritisch und distanziert gegenüber. Spätestens mit der Regierungsbeteiligung wurde uns auch die gestalterische Mitverantwortung für die Bundeswehr übertragen. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes leistet die Bundeswehr im Verbund mit anderen Streitkräften aus NATO- und Nicht-NATO-Staaten, z. B. auf dem Balkan und in anderen Krisenregionen einen wichtigen Friedensbeitrag. Ohne eine militäri-

sche Absicherung und die vielfältigen logistischen und personellen Unterstützungen wäre der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen zum Scheitern verurteilt. Was für eine Bundeswehr braucht ein von Freunden umgebenes Deutschland, das „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ (Präambel des Grundgesetzes) gedenkt?

Im Juni 2000 wurde vom Kabinett die Neuausrichtung der Bundeswehr beschlossen. Damit sollte die Bundeswehr für ihr neues Aufgabenspektrum im internationalen Rahmen befähigt werden. Der Beschluss beinhaltete u.a. eine Reduzierung der Bundeswehr von 340.000 auf 285.000 Soldaten (davon 150.000 Einsatzkräfte), die Beibehaltung der Wehrpflicht, neue Führungs- und Streitkräftestrukturen sowie die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Die Bundeswehr wurde für den freiwilligen Dienst von Frauen geöffnet, der Wehr- und Zivildienst um einen Monat reduziert. Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms wurde der Wehretat – abgesehen von einsatzbedingten Zusatzkosten – ein-

gefroren, massiven Erhöhungsforderungen wurde nicht nachgegeben.

Die Scharpingsche „Neuausrichtung der Bundeswehr“ geht in die richtige Richtung, deckt sich aber in entscheidenden Bereichen nicht mit grünen Überlegungen. Eine Reform die auf einer Beibehaltung der Wehrpflicht und der Vorstellung einer drohenden Mobilmachung fußt, ist auf Sand gebaut und verschwendet nach wie vor zu viele Ressourcen für überflüssige militärische Strukturen. Auf absehbare Zeit ist keine existenzielle militärische Bedrohung Deutschlands aber auch des NATO-Bündnisses zu erwarten, die den kurz- oder mittelfristigen Einsatz von Massenarmeen erforderlich machen könnte.

Die Wehrpflicht ist kein Garant, für eine zurückhaltende Militärpolitik. Eine in der Demokratie verankerte Freiwilligenarmee kein Staat im Staate. Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar und damit der mit der Wehrpflicht einhergehende Grundrechtseingriff nicht mehr legitimierbar. Für die neuen Aufgaben der Bundes-

wehr werden längerdienende, lebens- und beruferfahrene Soldaten benötigt. Die Wehrpflicht blockiert eine finanzierbare Bundeswehrreform. Während viele Soldaten bereits mehrfach im Auslandseinsatz waren, werden durch die Ausbildung und Betreuung der 80.000 Wehrdienstleistenden ca. 30.000 Berufs- und Zeitsoldaten gebunden.

Der Bedarf an Wehrdienstleistenden ist inzwischen so weit abgefallen, dass nur noch für jeden vierten Wehrpflichtigen ein Wehrdienstplatz zur Verfügung steht. Die Tatsache, dass alle jungen Männer der Wehrpflicht unterliegen, die jungen Frauen aber frei entscheiden können, verstärkt diese gesellschaftliche Ungerechtigkeit. Auch im Vergleich zu ihren Altersgenossen in vielen anderen Staaten haben die der Wehrpflicht unterliegenden jungen Männer in Deutschland deutliche Einschränkungen ihrer Lebens- und Berufsplanung hinzunehmen.

Die Grünen wollen:

- ▶ eine Freiwilligenarmee von ca. 200.000 Soldaten,
- ▶ dass qualitativ guter Nachwuchs gewonnen wird und die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft erhalten werden kann,
- ▶ eine Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit in Europa mit dem Ziel, verzichtbare Doppelungen abzubauen und mehr und mehr Aufgaben gemeinsam zu bewältigen
- ▶ eine Überprüfung der Rüstungsbeschaffungsvorhaben mit dem Ziel der Konzentration auf Qualität statt Quantität
- ▶ eine deutliche Reduzierung der militärischen Standorte in Deutschland
- ▶ eine Verbesserung der Besoldung v.a. im unteren Einkommensbereich
- ▶ einen gleitenden Ausstieg aus dem Zivildienst durch attraktivere Freiwilligendienste sowie die Professionalisierung der sozialen Dienstleistungen.